

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

26. August 2016

www.kas.de/kolumbien

Nach dem Abschluss des Friedensabkommens

KOLUMBIEN ZWISCHEN HOFFNUNG, BESORGNIS UND DEM BEGINN EINES LANGEN WEGES

Nach der Überwindung zahlreicher Krisen, Momenten voller Skepsis und schwierigen Verhandlungspunkten, konnten am 24. August 2016 die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla nach vier Jahren abgeschlossen werden. Endlich war der Augenblick gekommen wo „alles beschlossen ist“¹. Das endgültige Abkommen, das zweifellos notwendig und grundlegend für den weiteren Verlauf des Friedensprozesses ist, konnte nach intensiven Bemühungen beider Verhandlungspartner in der Schlussphase in Havanna beschlossen werden. Jetzt wird es die Aufgabe der verschiedenen Institutionen und der Verantwortlichen in den Regionen Kolumbiens sein, die einzelnen Punkte der Vereinbarung umzusetzen. Inmitten einer Gesellschaft, die zwischen Hoffnung und Besorgnis schwankt, wird das kein leichtes Unterfangen sein. Am 2. Oktober sollen die Kolumbianer in einer Volksabstimmung für oder gegen die Vereinbarungen stimmen. Nach der Beendigung der Verhandlungen steht man nun also am Beginn eines Bestätigungs- und Konsolidierungsprozesses.

Das endgültige Abkommen: ein entscheidender Schritt, ein positiver Beginn, der den Weg zur schwierigen Aufgabe der Umsetzung öffnet

Nach über 50 Jahren des bewaffneten internen Konflikts zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC, hat die Regierung des Präsidenten Santos eine Vereinbarung verhandelt, die der Konfrontation mit dieser Guerillagruppe ein Ende setzt. Der Weg zu dem Schlussdokument, das fast 300 Seiten umfasst² war nicht leicht. Schon die Einigung über jedes Teilabkommen bedeutete monatelange Gespräche, Verhandlungen und oft die Überwindung kritischer Phasen, in denen entweder in Havanna oder von Kolumbien aus der Prozess kritisiert und teilweise torpediert wurde.

Die Unterpunkte des generellen Abkommens wurden einer nach dem anderen in Etappen verhandelt, wobei einige besonders strittige Punkte bis zur Schlussphase aufgehoben wurden. Als erster Punkt wurde das Thema integrale Landreform (13. Juni 2013) verhandelt. Es folgten die Punkte der demokratischen Öffnung zur Friedenskonstruktion (6. November 2013), die Beendigung des Drogenproblems (16. Mai 2014), das Abkommen über Opfer und Wahrheitsfindung (15. Dezember 2015) und als letztes ein bilateraler Waffenstillstand (23. Juni 2016).

Mit den Beschlüssen werden zwei Ziele verfolgt: einerseits soll durch die Überwindung struktureller Gründe für die Konfrontation ein Rückfall in die kriegerischen Auseinan-

¹ Eines des "Mantras" der Regierungsdelegation und des Präsidenten Santos war seit dem ersten Verhandlungstag: "Es ist nichts beschlossen, bevor nicht alles beschlossen ist".

² Der komplette Text des Abkommens ist in seiner Onlinefassung auf der offiziellen Webseite der Verhandlungsrunde zu finden: https://www.mesadeconversaciones.com.co/sit/es/default/files/24_08_2016acuerdofinalfinalfinal-1472094587.pdf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

26. August 2016

www.kas.de/kolumbien

dersetzungen nach Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen vermieden werden. Andererseits wollte man der Guerilla die Möglichkeit eröffnen, ohne Waffen und demokratisch an der Politik teilzunehmen. Gleichzeitig sollte das Thema Gerechtigkeit hinsichtlich der Rechte der Opfer auf Wahrheit und Wiedergutmachung nicht vernachlässigt werden.

Trotzdem tauchen in der Endfassung des Abkommens auch neue Punkte auf, die sehr komplex sind und großen Einfluss auf die zukünftige innenpolitische Entwicklung des Landes haben können. Es überrascht nicht, dass gerade diese Themen, die zum Teil als die kompliziertesten der gesamten Verhandlung galten, für die Endphase zurückgestellt wurden. Vielleicht die beiden heißesten Themen waren die aktive Beteiligung der dann Ex-Guerilla an der zukünftigen Politik und die Frage der Justiz. Einerseits wurde vereinbart, dass die Mitglieder der FARC ab den Wahlen 2018 Anrecht auf mindestens 10 Sitze im Kongress haben, davon 5 in jeder Kammer. Das ist mehr, als gegenwärtig Parteien des demokratischen linken Spektrums, wie die Alianza Verde oder der Polo Democrático, haben. Außerdem wird die neue Partei der FARC eine Summe von umgerechnet fast zwei Millionen Euro erhalten, was die finanzielle Unterstützung jeder anderen Partei übersteigt. Die FARC Kandidaten für den Senat werden zusätzlich weitere Gelder erhalten, unabhängig von der bei den Wahlen erreichten Stimmzahl. Ein weiterer politisch delikater Punkt, in dem die Guerilla ein Einlenken der Regierung erreicht hat, ist die juristische Verfolgung der Straftaten. An dieser Stelle nur ein Beispiel: bereits verurteilte Guerilleros bekommen ihre Strafe ausgesetzt und werden entlassen, bis die „Jurisdicción Especial de Paz“ (Sonderrechtsprechung für den Frieden) ihren Fall wieder aufnimmt.

Die genannten Punkte sind nur einige Beispiele für schmerzhaft Kompromisse, die seitens der Regierungsdelegation notwendig waren, um schlussendlich ein endgültiges Abkommen zu erreichen. Nun steht noch die Zustimmung der Bevölkerung über den Inhalt des Abkommens in Form einer Volksabstimmung aus.

Öffentliche Meinung zum Abkommen gespalten: Entzweit der Frieden die Kolumbianer?

Die teilweise hochgradige Polarisierung der kolumbianischen Gesellschaft scheint seit den letzten Präsidentschaftswahlen nicht abgenommen zu haben. Mehr noch, bereits Wochen vor Ankündigung des endgültigen Abkommens haben Meinungsumfragen zum Friedensprozess und einer eventuellen Abstimmung in einem Referendum zur Bestätigung der Vereinbarungen ein besorgniserregendes Panorama gezeigt³. In einigen Fällen gaben 50 Prozent der Befragten an, dass sie mit „Nein“ stimmen würden – gegenüber nur 39 Prozent für „Ja“. Gemäß anderen Umfragen würden die Ja-Stimmen gewinnen, jedoch lediglich mit drei Prozent⁴ Vorsprung.

So wie in regierungsnahen Kreisen natürlich positive Reaktionen auf das Endergebnis der Friedensverhandlungen zu hören sind, ist die Anzahl der Gegenstimmen nicht geringer, die mit unterschiedlicher Intensität ihre Bedenken und Vorbehalte gegenüber dem Abkommen ausdrücken. So ließ zum Beispiel die Konservative Partei PCC durch ihren Vorsitzenden David Barguil verlauten, dass, obwohl der Abschluss der Verhandlungen die am meisten erwartete historische Nachricht der letzten Jahre für Kolumbien sei, er dennoch die Fraktion und den Vorstand einberufen werde, um eine offizielle Position der Partei für die Volksabstimmung im Oktober zu beschließen. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin der PCC, Marta Lucía Ramírez, betonte, dass sie trotz ihrer Vorbehalte und Bedenken, die sie bezüglich der Übergangsjustiz und dem Thema der politischen Partizipation der Guerilla habe, die Entscheidung des kolumbianischen Volkes, egal wie sie ausfalle, respektieren und der FARC gegebenenfalls in der politischen Arena gegenüberreten werde.

³ Semana. 2016/08/06. Gran encuesta: Colombia opina. <http://www.semana.com/nacion/galeria/plebiscito-por-la-paz-50-votaran-no/485058>

⁴ <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/encuesta-sobre-reconciliacion-y-posconflicto-en-colombia-centro-nacional-consultoria/16657590>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING

MARGARITA CUERVO

26. August 2016

www.kas.de/kolumbien

Andere Gegner kommen aus dem Bereich des sogenannten "Uribismus" (Anhänger des ehemaligen Präsidenten Uribe), die von Anfang an ihre Ablehnung gegenüber einem Friedensprozess mit einem verhandelten Abkommen erklärt hatten⁵. Diese wichtige politische Gruppe beginnt nunmehr erstmals ihre Position hinsichtlich des Abkommens und des möglichen beziehungsweise nahen Postkonflikts zu modifizieren. So ließ der ehemalige kolumbianische Präsident und jetzige Fraktionsvorsitzende des Centro Democrático (CD), Álvaro Uribe, vor einigen Wochen in einem Interview verlauten, das bei einem Sieg des „Nein“ bei der Volksabstimmung zum Friedensabkommen die Dialoge fortgesetzt und eine erneute Verhandlung des Abkommens sichergestellt werden müsse. In diesem Sinne äußerte sich auch der wichtige Politiker des Centro Democrático Carlos Holmes Trujillo in einem Tweet "Ein NEIN würde ein besseres Abkommen für Kolumbien erlauben". Es scheint also, dass zunehmend Bewegung hinsichtlich der prinzipiellen Bewertung eines ausgehandelten Friedensabkommens kommt.

Nach der Verkündung des erfolgreichen Verhandlungsabschlusses beginnt nun von heute auf morgen die Kampagne für die Volksabstimmung. Dabei spielen nicht nur Diskrepanzen auf dem politischen Parkett und die gegenüber dem Friedensprozess skeptische Meinung eines nicht kleinen Teils der Bevölkerung eine Rolle. In den Regionen des Landes gibt es auch Unzufriedenheit und Demonstrationen, mit denen versucht wird, auf andere Probleme aufmerksam zu machen und die Regierung zu Lösungen zu drängen.

"Tausche Lastwagen gegen Gewehr": Die soziale Unzufriedenheit in den Regionen Kolumbiens darf nicht unterschätzt werden

Seit ungefähr drei Jahren hat die soziale Mobilisierung an Intensität gewonnen und in

⁵ Semana. (2016) "Así vio el uribismo la firma del acuerdo final". 25 de agosto de 2016. Disponible en: <http://www.semana.com/nacion/articulo/acuerdo-de-paz-con-las-farc-asi-lo-ve-el-uribismo/491172>

vielen Regionen Kolumbiens ist es zu Demonstrationen gekommen⁶. Es scheint, dass die soziale Unzufriedenheit im Land zugenommen hat. Zweifellos tragen die Friedensverhandlungen dazu bei, auch denjenigen eine Stimme zu verleihen, die bisher von einer Teilhabe an der Entwicklung ausgeschlossen waren. Daher nutzten einige Sektoren, sei es im Bereich der Landwirtschaft oder Berufsgruppen mit niedrigem Lohnniveau, die Situation rund um die Friedensverhandlungen mit der Guerilla aus, da sie darin eine Chance sehen, um ihre Ansprüche geltend machen zu können. Es muss jedoch betont werden, dass trotz dieses Ausnutzens des politischen Moments rund um den Friedensprozess und der möglichen Positionierung für ein „Ja“ oder „Nein“ bei der Volksabstimmung bei bestimmten Bevölkerungs- und Berufsgruppen⁷ im Land eine große Unzufriedenheit herrscht, die reale Gründe hat.

Der Streik der Transportunternehmer Mitte des Jahres 2016 war der schwerste in den letzten Jahren. Man rechnet mit Verlusten von über 600 Millionen Euro⁸ und einem dadurch bedingten hohen Preisanstieg, vor allem bei Lebensmitteln, die zeitweise um 14 Prozent teurer geworden sind. In der heißen Phase der Proteste montierten einige Lastwagenfahrer Schilder an ihre Fahrzeuge mit der Aufschrift "Tausche Lastwagen gegen Gewehr". Das gibt die Stimmung in einigen Sektoren wieder, die nicht unterschätzt werden darf, nämlich, dass es sich in Kolumbien für einige Zeitgenossen offenbar mehr auszahlt, sich illegalen bewaffneten Gruppierungen anzuschließen um Forderungen und Bedürfnisse durchzusetzen, als einer legalen Beschäftigung nachzugehen.

⁶ Gehring, H. y Cuervo, M. (2013). *Proteste und soziale Unruhen in Kolumbien*. Disponible en: www.kas.de/wf/doc/kas_35348-544-1-30.pdf?130910114722

⁷ Vélez, J. (2016). "El precio del Sí", zitiert nach *La Silla Vacía*. <http://lasillavacia.com/historia/el-precio-del-si-57547>

⁸ Quelle: <http://www.rcnradio.com/economia/los-mas-2-billones-perdidas-deja-paro-camionero-no-se-van-recuperar-nunca-fedesarrollo/>
<http://www.laopinion.com.co/colombia/paro-camionero-dejo-perdidas-de-mas-de-2-billones-115950#ATHS>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

26. August 2016

www.kas.de/kolumbien

„Sie hören nie auf uns und wenn sie mal auf uns hören, machen sie Versprechungen, die nie eingehalten werden“ – das ist die Beschwerde, die zum Beispiel im Agrarsektor immer wieder zu hören ist.

Aus diesem Grund und auch weil Präsident Santos seine Bemühungen einzig auf den Friedensprozess ausgerichtet hat und andere Probleme beziehungsweise deren Lösungen vernachlässigt, hat sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungsführung auf die Ablehnung und die Skepsis gegenüber dem Friedensabkommen projiziert⁹. Daher überraschen auch nicht die Ergebnisse der jüngsten Meinungsumfragen als ein möglicher Vorgeschmack auf die Volksabstimmung. Mancher Beobachter hält schon eine Art „kolumbianischen Brexit“ für möglich. Man erwartet und hofft auf ein „Ja“ und bekommt vielleicht dennoch ein „Nein“.

Ein Schlüsselpunkt: Die Inhalte des Abkommens müssen weitläufig, transparent und effizient in alle Bereiche der Gesellschaft kommuniziert werden

Am 2. Oktober diesen Jahres haben die Kolumbianer eine historische Chance, die auch eine große Verantwortung bedeutet: an die Urnen zu gehen, um zu entscheiden, ob sie dem Inhalt der zwischen der Regierung und der FARC erzielten Vereinbarungen zustimmen oder nicht.

Wie die Direktorin der Mission zur Wahlbeobachtung MOE, Alejandra Barrios betonte¹⁰, ist eine weitläufige, transparente und pädagogisch effiziente Verbreitung und Erklärung des Abkommens fundamental, um den Kolumbianern die Auswirkungen des Inhalts der Vereinbarungen klar darzulegen, über die sie im Plebiszit abstimmen werden. Wenn das nicht geschehe, sei dies nicht nur

unverantwortlich, sondern könnte auch die Nachhaltigkeit der Entscheidung gefährden.

Mehr noch: egal wie das Ergebnis ausfällt, wird es notwendig sein, dass sowohl die aktuelle als auch künftige Regierungen auf die Bedürfnisse des „anderen“ Teils der Gesellschaft eingehen, nämlich auf den Teil der beim Plebiszit dann „verloren“ hat. Wenn dies nicht geschehe, so Barrios, „hätten wir auf dem Weg der Abstimmung und der Partizipation das erreicht, was der Krieg nicht geschafft hat, nämlich einen fundamentalen Teil unserer Gesellschaft zu annullieren“.

Gerade solche möglichen gefährlichen Entwicklungen sollten durch politische Führung und eine solide und systematische Kommunikationsstrategie verhindert werden, die auf keinen Fall die durchaus berechtigten Bedenken und Ängste derer ignorieren darf, die mit einem oder mehreren Punkten des Abkommens nicht einverstanden sind. Zum Wohl der kolumbianischen Demokratie wäre es am ehrlichsten, geschicktesten und auch notwendig, dass ab sofort plurale Kommunikations- und Diskussionsräume geschaffen werden in denen der Inhalt der Abkommen vermittelt, Bedenken gesammelt und auf die Auswirkungen des Abkommens mit der FARC in den Regionen des Landes eingegangen wird. Bis jetzt existiert so etwas noch nicht – eine Achillesferse des Abkommens und der Regierung Santos.

Was bleibt? Trotz nachvollziehbarer Bedenken ist das Friedensabkommen alternativlos.

Bei der Verlesung des Kommuniqués der Verhandlungskommission über das endgültige Abkommen, sagte Humberto de la Calle in Kuba am Abend des 24. August: „[Dies ist] ein neuer Anfang. Dieses Abkommen eröffnet Möglichkeiten für eine neue Etappe zur Transformation der kolumbianischen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund der Versöhnung öffnen wir die Tür für eine Gesellschaft mit mehr Inklusion, in der wir uns als Kolumbianer erkennen können, in der niemand um seine Integrität aufgrund seiner politischen Überzeugung fürchten muss“. Das scheint momentan die große Herausforderung für die kolumbianische Gesell-

⁹ León, J. (2016). „Santos: el lastre del Sí“, zitiert nach *La Silla Vacía*, in: <http://lasillavacia.com/historia/santos-el-lastre-del-si-57368>

¹⁰ En el marco del Lanzamiento Nacional de la Misión de Observación Electoral de cara al Plebiscito Especial para la Paz, viernes 12 de agosto de 2016.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING

MARGARITA CUERVO

26. August 2016

www.kas.de/kolumbien

schaft zu sein. Dafür wird eine starke politische Führung notwendig sein, die die unterschiedlichen Teile der Gesellschaft auf einen gemeinsamen Weg zum Frieden bringen kann.

Dabei darf auf der einen Seite nicht übersehen werden, dass – wie in jeder Demokratie – berechnete Meinungsunterschiede normal sind und ausgehalten werden müssen. Auf der anderen Seite muss jedoch klar gesagt werden, dass ein Leben in Frieden für ein ganzes Land nicht zu parteipolitischen oder persönlichen Auseinandersetzungen missbraucht werden sollte. Letztendlich ist das Friedensabkommen mit der FARC alternativlos – trotz der schmerzhaften Kompromisse.

Wie es Shlomo Ben Ami in einer Veranstaltung mit dem Unternehmenssektor vor einigen Jahren in Kolumbien ausdrückte, just ein Jahr nach Aufnahme der offiziellen Friedensgespräche in Havanna: "Der Krieg eint und der Frieden entzweit. Daher ist die Aufgabe der politischen Führer schwerer in Zeiten des Übergangs und der Suche nach Frieden".

Bleibt zu hoffen, dass die politisch Verantwortlichen Kolumbien in eine friedliche Zukunft führen, verbunden mit der Chance auf Versöhnung und eine positive Transformation des Landes.